

Ehrenamt und Bürgerbeteiligung fördern und ernst nehmen!

Positionspapier der SPD Mettmann

Ehrenamtliches Engagement wird nicht zu Unrecht häufig als der Kitt bezeichnet, der unsere Gesellschaft zusammenhält. In Zeiten, in denen sich die öffentliche Hand aufgrund leerer Kassen immer weiter aus gesellschaftlichen und sozialen Aufgaben herausnimmt, wächst die Bedeutung des freiwilligen Ehrenamtes. Doch Ehrenamt darf aus unserer Sicht nicht als kostenloses Allheilmittel für alle Probleme und Aufgaben angesehen werden. Im Gegenteil: Wer Ehrenamt ernst nimmt, muss es professionell unterstützen und begleiten. Ehrenamtliche Strukturen benötigen Unterstützung und Hilfestellung, um sich dauerhaft zu etablieren. Kurzum: Funktionierendes Ehrenamt gibt es nicht zum Nulltarif und es darf nicht als Alibi dafür herhalten, dass Bund, Land und Kommune sich aus immer mehr gesellschaftlichen Aufgaben zurück ziehen.

Ebenso wie das Ehrenamt hat auch das Schlagwort „Bürgerbeteiligung“ in den letzten Jahren stark an Bedeutung im kommunalen Bereich gewonnen. Dies ist auch und insbesondere in Mettmann festzustellen. Zu den lange bestehenden bürgerschaftlichen Vereinen wie den Aulen Mettmannern und den Bürgervereinen Metzkausen und Obschwarzbach haben sich weitere, teils themenbezogene, Gruppierungen in Mettmann gesellt und etabliert. Zu nennen sind hier insbesondere das Mettmanner Bürgerforum und die Spielplatzpaten.

Die kommunale Politik muss sich den Interessen dieser Organisationen stellen und in einen konstruktiven Dialog mit ihnen eintreten. Teilweise fehlt es noch an der Einsicht, dass die klassische Parteipolitik von vielen Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr als besonders attraktiv angesehen wird. Viele Menschen haben kein Interesse daran, sich dauerhaft an eine Partei zu binden sondern wollen themenspezifisch und parteiübergreifend an Dingen arbeiten, die sie bewegen. Die Parteien müssen Ansprechpartner für diese Menschen und die mit ihnen verbundenen Organisationen werden. Bürgerschaftliches Engagement muss ernst genommen und gefördert werden. Dies hat zwangsläufig auch zur Folge, dass mit differierenden Meinungen konstruktiv umgegangen werden muss. Gleichzeitig muss auch auf Seiten der bürgerschaftlichen Vereine ein verstärktes Verständnis für die Kommunalpolitik und ihre ganzheitliche Betrachtungsweise von Themen entwickelt werden. Vereinfacht gesagt: Wenn nicht jeder Bürger mit einer anderen Meinung direkt als notorischer Nörgler abgestempelt und nicht jeder Kommunalpolitiker mit den bekannten Vorurteilen behaftet wird, dann können klassischer Kommunalpolitik und neue Formen der Bürgerbeteiligung gemeinsam Ziele für Mettmann erreichen.

Die SPD in Mettmann hat die Bedeutung von Ehrenamt und Bürgerbeteiligung für die Zukunft unserer Stadt erkannt und setzt sich bereits seit längerer Zeit für deren Stärkung ein. Mit diesem Papier wollen wir unsere Positionen und Forderungen in dieser Thematik nochmals deutlich machen und richten damit gleichzeitig ein Gesprächsangebot an die beteiligten Akteure.

52 **1. Bürgerschaftliches Engagement braucht professionelle Begleitung!**

53

54 Bereits in den Haushaltsplanberatungen 2011 haben wir uns als SPD für eine beim
55 Bürgermeister angesiedelte Stabsstelle „Ehrenamt und Bürgerbeteiligung
56 ausgesprochen“. Leider konnten wir uns mit dieser Idee nicht gegen die
57 Ratsmehrheit aus CDU, F.D.P und UBWG durchsetzen. Ungeachtet dessen halten
58 wir die Einrichtung einer solchen Stelle in der Mettmanner Verwaltung für
59 unverzichtbar.

60

61 Insbesondere die jüngere Vergangenheit hat uns sehr deutlich gezeigt, dass es
62 massive Kommunikationsstörungen zwischen Mettmanner Vereinen und
63 Organisationen auf der einen Seite und der Verwaltung auf der anderen Seite gibt.
64 Als Beispiele sind hier der Konflikt mit ME- IMPULSE in Sachen Blotschemarkt sowie
65 die Streitigkeiten mit ME-Sport zu nennen. Offensichtlich fehlt es in der
66 Stadtverwaltung an einem geeigneten Ansprechpartner für die Vereine und
67 Organisationen. Auch der Bürgermeister scheint dieser Aufgabe nicht hinreichend
68 gerecht werden zu können.

69

70 Dieser Schiefelage wollen wir mit der Einrichtung der genannten Stabsstelle
71 entgegenwirken. Die Vereine und Organisationen sollen einen direkten
72 Ansprechpartner in der Verwaltung erhalten, der sich ihrer Anliegen annimmt und
73 zwischen den Beteiligten vermittelt. Dieser Ansprechpartner soll aus der direkten
74 Verwaltungshierarchie herausgelöst sein und dem Rat in regelmäßigen Abständen
75 direkt berichten.

76

77 Zudem soll die Stabsstelle sich um die Begleitung und Unterstützung von
78 Bürgerbeteiligung richten. Dies reicht von der einfachen Beratung bis hin zur
79 Unterstützung bei Bürgeranträgen, Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden.

80

81 Nicht zuletzt soll die Stabsstelle neue Handlungsfelder für ehrenamtliches
82 Engagement aufzeigen und interessierte Bürgerinnen und Bürger an diese
83 heranführen.

84

85

86 **2. Bürgerbeteiligung muss machbar sein – Verfahren für Bürgerbegehren und 87 Bürgerentscheide vereinfachen!**

88

89 Der Versuch von Bürgerinnen und Bürgern, sich mittels Bürgerbegehren und
90 Bürgerentscheid direkt einzubringen, ist in NRW so schwierig wie in fast keinem
91 anderen Bundesland.

92

93 Wir begrüßen daher die Initiative der rot-grünen Landesregierung, die Spielregeln für
94 Bürgerbegehren deutlich zu vereinfachen. So soll zukünftig der bisher erforderliche
95 Kostendeckungsvorschlag von den Kommunen und nicht mehr vom Bürger erstellt
96 werden. Zudem soll eine Staffelung des Zustimmungsquorum, eine Kürzung des
97 Themenausschlusskataloges sowie die Einführung einer Stichfrage bei
98 Bürgerentscheiden erfolgen. All diese Maßnahmen werden zu einer Vereinfachung
99 des Verfahrens führen.

100

101 Aber auch auf kommunaler Ebene muss etwas geschehen. Das bisherige
102 Wahlverfahren in Mettmann (erst Anforderung von Briefwahlunterlagen per Post,

103 dann Abstimmung) muss vereinfacht werden. Zukünftig sollte eine Abstimmung
104 sofort und ohne weitere Anforderung von Briefwahlunterlagen möglich werden.
105 Andere Städte in NRW machen dies bereits vor.

106
107

108 **3. Ein neues Leitbild für Mettmann – Chance für Bürgerbeteiligung nutzen!**

109

110 Mettmann verfügt über kein aussagekräftiges Leitbild, so wie dies in vielen Städten
111 und Kreisen des Landes üblich ist. Im Rahmen des Entstehungsprozesses wurden
112 weder Bürgerinnen und Bürger, noch in der Stadt aktive Vereine und Verbände
113 eingebunden.

114

115 Inhaltlich beschränkt das Leitbild sich lediglich auf die Aneinanderreihung von
116 allgemeinen Aussagen, die keinerlei Bezug zu den konkreten Bedingungen in
117 Mettmann haben. Vielmehr werden allgemein wünschenswerte Zustände
118 beschrieben, welche unumstritten erstrebenswert, aber eben nicht zielführend für ein
119 aussagekräftiges kommunales Leitbild sind. Auch die Oberziele erfüllen diese
120 Anforderungen nicht, da sie zu unkonkret bleiben und keine wirkliche Vorstellung
121 einer Zielrichtung vermitteln. Konkrete Maßnahmen und Projekte werden nicht
122 formuliert. Handlungsaufträge oder überprüfbare Zielsetzungen existieren nicht.

123

124 Als SPD wollen wir daher einen neuen Leitbildprozess in unserer Stadt initiieren.

125

126 Der Leitbildprozess sollte als Möglichkeit gesehen werden, in einem Miteinander von
127 Verwaltung, Politik und Bürgerschaft Zukunftsvisionen zu entwickeln. Dies erhöht
128 zugleich die Chancen des Leitbildes, auf breite Akzeptanz und Zustimmung zu
129 stoßen. Erfahrungen aus bisherigen Leitbildprozessen haben gezeigt, dass eine
130 Aufteilung der Arbeit in Arbeitsgruppen sinnvoll ist. Neben einer koordinierenden
131 Lenkungsgruppe können diese zu den verschiedenen Themenschwerpunkten
132 gebildet werden, z.B. Arbeit und Wirtschaft, Familie und Soziales, Bauen und
133 Planung, Schule und Kultur oder ähnliches.

134

135 Ein solches Leitbild würde sowohl den Bürgerinnen und Bürgern eine
136 Identifikationsmöglichkeit mit ihrer Stadt bieten als auch Mettmann nach Außen
137 darstellen.

138

139

140 **4. Mettmann braucht den Bürgerhaushalt!**

141

142 Beratung und Verabschiedung des Haushaltes gehören zu den wichtigsten Aufgaben
143 der Kommunalpolitik.

144

145 Für viele Bürgerinnen und Bürgern ist der Haushalt allerdings das berühmte Buch mit
146 sieben Siegeln. Auch nach der Einführung des des neuen Haushaltsrechts hat sich
147 dies nicht grundlegend geändert. Viele Ziele des so genannten NKF- Haushaltes, wie
148 mehr Transparenz und bessere Lesbarkeit des Haushaltes, sind bisher nicht
149 erfolgreich umgesetzt worden.

150

151 Gerade in Zeiten knapper Kassen halten wir die Beteiligung der Bürgerschaft an der
152 Planung des städtischen Haushaltes für unabdingbar. Bürgerinnen und Bürger sollen
153 verstehen und erkennen, wofür die Stadt Gelder ausgibt und in welchen Bereichen

154 Investitionen getätigt werden. Und sie sollen selber Vorschläge machen können, wo
155 Gelder eingespart werden können. All dies wird mit einem Bürgerhaushalt
156 verwirklicht.

157

158 Die Mettmanner SPD wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass die Verwaltung ein
159 Rahmenkonzept für die Einführung eines Bürgerhaushaltes erarbeitet und vorstellt.

160

161 Dieses Konzept soll folgende Punkte berücksichtigen:

162

163 • Bewertung des Einsatzes verschiedener Informationsmedien hinsichtlich
164 Zielgruppen und Kosten;

165

166 • Zeitrahmen und Kosten des gesamten Verfahrens zur Aufstellung eines
167 Bürgerhaushaltes

168

169 • Verfahren zur Information an die Bürgerinnen und Bürger über die
170 Auswirkungen ihrer Vorschläge auf die Entscheidung über den Haushalt;

171

172 • Möglichkeiten einer internen bzw. externen Evaluierung.

173

174 Der Bürgerhaushalt sollte als Chance angesehen werden, Bürgerinnen und Bürger in
175 die kommunale Entscheidungsfindung einzubeziehen und kreatives Potential
176 außerhalb der Parteien zu nutzen. Ein gelungenes Beispiel für einen solchen
177 Prozess bietet der Bürgerhaushalt der Stadt Solingen (www.solingen-spart.de).